

Obwohl der indonesische Archipel mit seinen etwa 210 Mio. Einwohnern das viertbevölkerungsreichste und mit etwa 180–190 Mio. Muslimen das größte islamische Land der Erde ist, konzentriert sich die journalistische und die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Islamisierung zumeist auf den nahöstlichen Raum. Dabei hat der Islam – sowohl als way of life als auch als politische Lehre – eine ungeheure Aufwertung in Südostasien, insbesondere in Malaysia und Indonesien erfahren.

Schon in den 70er Jahren nahm in Indonesien das Interesse an der islamischen Lehre zu. Seit Ende der 80er Jahre sah sich das Suharto-Regime genötigt, Muslime zunehmend zu kooptieren. Mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie seit dem Rücktritt Suhartos (am 21. Mai 1998) und der Gründung neuer islamischer Parteien und Organisationen ist der Islam zu einer bedeutenden politischen Größe geworden.

In diesem Aufsatz soll der Aufstieg orthodox-islamischer Gruppen beschrieben und die mögliche weitere Entwicklung bewertet werden.¹ Aus der Untersuchung ergibt sich die These, dass zwar die Entstehung eines gesamtindonesischen Islamstaates sehr unwahrscheinlich, dass aber der Zusammenbruch der jungen parlamentarischen Demokratie durch das Zusammenwirken von reaktionären Kräften, Sezessionisten, gewaltbereiten Islamisten und populistischen Politiker sehr wohl möglich ist.

Frühe Entwicklungen

Während eine aus Indien stammende Mixtur hinduistischer und buddhistischer Elemente schon seit dem 3. oder 4. Jahrhundert n. Chr. die existierenden animistischen Vorstellungen ergänzte und umformte, drang der Islam erst etwa seit dem 13. Jahrhundert in den Archipel vor. Entlang der

Handelsrouten in die Molukken entstand in den folgenden Jahrhunderten eine Reihe von islamischen Fürstentümern. Erst im 17. Jahrhundert konnte der Islam in nennenswertem Umfang in das javanische Binnenland vordringen. Über die Handel treibenden Ausländer der Nordküste Javas gelangte eine von persischen und indischen mystischen Elementen bereicherte Variante in die javanischen Patrimonialreiche. Diese »sufistischen« Lehren konnten in die bestehenden hindubuddhistischen Glaubenssysteme relativ leicht integriert werden. König Agung von Mataram durfte Mitte des 17. Jahrhunderts mit offizieller Bestätigung aus Mekka den Sultanstitel tragen, aber zugleich hielt er an vielen hindubuddhistischen Ideen, Zeremonien und Herrschaftsinsignien fest. Im Mataram-Reich wurden also Teile der islamischen Doktrin integriert und Enklaven der Orthodoxie, oft in und um die Islaminternate (Pesantren), geduldet. Grundsätzlich galten die Ulama, die Islamgelehrten, aber als subversiv. Amangkurat I. ließ im 17. Jahrhundert 5.000–6.000 von ihnen ermorden, wodurch die Stellung der orthodoxen Muslime für lange Zeit geschwächt wurde. Deshalb schreibt Anderson über die Bedeutung des Islam in jener Zeit und danach: »To use Gramsci's term, at no point did a ›hegemonic‹ Islamic culture develop in Java. The self-consciousness of pious Muslims remained strictly ›corporate‹. Political and cultural subordination went hand in hand.«²

1. Teile dieses Aufsatzes überschneiden sich mit einzelnen Passagen meiner Dissertation: Ufen, A (2001): *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965–2000)*; Hamburg, i. E. Die beste Darstellung der Entwicklung des indonesischen Islam bis 1998: Hefner, R.W. (2000): *Civil Islam: Muslims and Democratization in Indonesia*; Princeton, New Jersey.

2. Anderson, B.R.O'G (1972): »The Idea of Power in Javanese Culture«; in: Holt, C. (ed.): *Culture and Politics in Indonesia*; Ithaca, S. 1–69; hier S. 59.

Anfang des 17. Jahrhunderts hatten niederländische Kaufleute der Vereinigten Ostindischen Kompanie (VOC), begonnen, den Gewürzhandel gewaltsam zu monopolisieren. Die Handelsgesellschaft übte auf die einheimischen Reiche aber noch keinen nachhaltigen Einfluss aus. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts übernahm die niederländische Krone die VOC. In der Folge wurde die Kolonialherrschaft systematisiert. Schon bald sah die neue niederländische Verwaltungselite in einem Bündnis zwischen den kooptierten »Priyayi«, den Beamtenaristokraten, und den Ulama eine große Gefahr. Ein solches Bündnis führte 1825–30 zum außerordentlich verlustreichen Java-Krieg. Die Niederländer setzten aus Sorge vor den orthodoxen Muslimen überwiegend synkretistische Muslime, »Abangan«, in der kolonialen Verwaltung ein.³ Auf diese Weise blieb den orthodoxen Muslimen, den »Santri«, der Zugang zum Staatsapparat versperrt.

Trotzdem gewannen die orthodoxen Muslime seit Ende des 19. Jahrhunderts unter den Einheimischen an Einfluss, weil die Priyayi wegen ihrer Abhängigkeit von den Niederländern zunehmend an Macht und Legitimität einbüßten und weil zur gleichen Zeit reformistische bzw. modernistische Strömungen aus dem Nahen Osten den indonesischen Islam zu beleben begannen. Erst um 1900 war der Abangan-Santri-Gegensatz völlig entwickelt. Der Santrismus wurde zu einer religiösen und politischen, d. h. anticolonialen Doktrin ausgearbeitet und zunehmend von den klassischen, hindubuddhistischen Traditionen Indonesiens abgegrenzt.⁴

Um 1910 setzte sich der Modernismus unter den Händlerschichten der größeren Städte mehr und mehr durch. Es kam zur Gründung des Sarekat Islam, der ersten großen nationalistischen Vereinigung, und der Muslimorganisation Muhammadiyah. 1926 wurde als Reaktion auf den aufkeimenden Modernismus die Nahdatul Ulama (NU, »Renaissance der Ulama«), eine Interessenvertretung der traditionalistisch orientierten Islamgelehrten, die ihre Basis in den javanischen Dörfern haben, gegründet.

Der Gegensatz zwischen Abangan und Santri und zwischen Traditionalisten und Modernisten prägte den indonesischen Islam über Jahrzehnte, und z. T. lassen sich diese Spaltungen, wenn auch in modifizierter Form, bis heute verfolgen. Es

gab nur für kurze Zeit eine gewisse Einigung islamischer Gruppen, etwa 1937 durch den antikolonial orientierten Obersten Indonesischen Islamrat MIAI⁵ und durch den während der japanischen Besetzung (1942–45) gegründeten Masyumi⁶ (1943). Die Spaltungen innerhalb des indonesischen Islam blieben aber auch in der Hochphase des anticolonialen Kampfes bestehen.

Seit 1945, also seit Erlangung der Unabhängigkeit, wurde über die Frage diskutiert, welchen Stellenwert die Scharia in der Verfassung haben und ob die Republik Indonesien ein islamischer Staat sein sollte. Mit der Formulierung der Jakarta-Charta einigten sich die säkularistisch orientierten Nationalisten und die islamischen Führer in dem Komitee für die Vorbereitung der Verfassung vom 22. Juni 1945 auf einen Kompromiss.⁷ Mit der Charta wurde die Anordnung der fünf Prinzipien der Staatsphilosophie, der »Pancasila«,⁸ verändert und das nun an erster Stelle

3. Zum besseren Verständnis des indonesischen Islam unterscheidet man im Anschluss an Clifford Geertz (Geertz 1960: *The Religion of Java*; London) zwischen den orthodoxen Muslimen, den Santri, und den synkretistischen Muslimen, den Abangan. Die – häufig kleinbäuerlichen – Abangan glauben an javanische Götter meist indischen Ursprungs (nach einer Berechnung waren es Ende des 19. Jahrhundert über 1000), an eine Unzahl von Geistern und an die magischen Kräfte von »dukun«, die als Zauberer, Hexer, Mediziner und/oder Wahrsager auftreten.

4. Geertz, C. (1991): *Religiöse Entwicklungen im Islam. Beobachtet in Marokko und Indonesien*; Frankfurt/Main; hier S. 100 ff.

5. Majelis Islam A'la Indonesia.

6. Majelis Syuro Muslimin Indonesia = Konsultativrat der Indonesischen Muslime.

7. Die Jakarta-Charta ist bis heute in ihrem Gehalt unstritten. Der Kernsatz »dengan kewajiban menjalankan syariat Islam bagi pemeluk-pemeluknya« bedeutet in der Übersetzung: »mit der Verpflichtung für die Muslime, die Scharia auszuführen/anzuwenden«.

8. Zu den fünf Prinzipien der Staatsphilosophie, der Pancasila, zählen: der Glaube an den Alleinigen Gott (Ketuhanan Yang Maha Esa); die gerechte und zivilisierte Menschlichkeit (Kemanusiaan yang adil dan beradab); die Einheit Indonesiens (Persatuan Indonesia); die weise geführte Demokratie, beruhend auf allgemeiner Beratung und Volksvertretung (Kerakyatan yang dipimpin oleh hikmat kebijaksanaan dalam permusyawaratan/perwakilan) und die soziale Gerechtigkeit für das gesamte indonesische Volk (Keadilan sosial bagi seluruh rakyat Indonesia); vgl. Wandelt, I. (1989): *Der Weg zum Pancasila-Menschen*; Frankfurt/Main.

stehende Prinzip des Glaubens an den einen Gott um den Zusatz erweitert, dass Muslime die Scharia anzuwenden hätten. Allerdings sorgte Mohammad Hatta, damals nach Sukarno die einflussreichste Persönlichkeit in Indonesien, dafür, dass dieser Passus in der dann gültigen Fassung der Präambel und des Verfassungstextes nicht mehr auftauchte. Hatta fürchtete Widerstand insbesondere von christlichen Ostindonesiern. Die Änderung wurde später von vielen Muslimen als Betrug gewertet.⁹

Indonesien wurde endgültig im Jahre 1949 unabhängig. Zuvor waren die 1945 zurückgekehrten Niederländer in einem blutigen Krieg an der Wiedererrichtung ihrer Kolonialherrschaft gehindert worden. Erst sechs Jahre später, im Jahre 1955, fanden die ersten freien Wahlen statt. Die islamischen Parteien erreichten zusammen nur 43,5 % der Stimmen. Der Vorstellung, einen Islamstaat errichten zu können, erwies sich als Illusion, da die Abangan sich zur großen Enttäuschung der orthodoxen Muslime den nichtislamischen Parteien (der Partai Nasional Indonesia, PNI, und der Partai Komunis Indonesia, PKI) zuwandten.¹⁰

Auch in der Konstituante, die 1956–59 eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, waren die Verhandlungen von den Streitigkeiten zwischen orthodoxen Muslimen und ihren Widersachern geprägt. Zum Zeitpunkt der Auflösung dieser Versammlung durch Sukarno (1959) sprachen sich 48 % der Abgeordneten für den Islam als Wertebasis der Republik Indonesien aus, 52 % stimmten für die Pancasila.

Nach der Einführung der Gelenkten Demokratie, einer populistischen Scheindemokratie, durch Sukarno im Jahre 1959 und dem Verbot vom Masyumi ein Jahr später (wegen der Beteiligung einiger Masyumi-Politiker an regionalistischen Bewegungen) war der modernistische Islam als parteipolitische Kraft entscheidend geschwächt. Die NU wurde in eine fragile Allianz von Nationalisten, religiösen Gruppen und Kommunisten eingebunden.¹¹ Die Bürokratie und das Militär waren weiterhin von Abangan beherrscht.

1964/65 steigerten sich die Spannungen zwischen den meist grundbesitzenden Santri und der ländlichen Abangan-Unterschicht, da die PKI in »einseitigen, eigenmächtigen Aktionen« (aksi sepihak) begann, die 1960 vom Parlament beschlossene Landreform durchzusetzen. Die wohlhabenden Bauern konnten die Landbesetzungen

verhindern und rächten sich zu Beginn der Neuen Ordnung mit Massakern an den Kommunisten und ihren Sympathisanten.

Der Islam in der frühen und mittleren Phase der Neuen Ordnung

Die Muslime (etwa der NU-Jugendorganisation Ansor oder des Studentenverbandes HMI) hatten erheblichen Anteil an der Zerschlagung der kommunistischen Partei und der politischen Linken überhaupt. Trotzdem blieben sie aus den Zentren der »Orde Baru«, der »Neuen Ordnung«, unter Suharto (1965–98) weitgehend ausgeschlossen.

Die Neue Ordnung war eine von Präsident Suharto dominierte Militärdiktatur. Das Militär legitimierte sich mit der Doktrin der »dwufungsi«, d. h. der Doppelfunktion im militärischen Bereich einerseits, im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich andererseits. Die drei offiziell zugelassenen Parteien gaben dem Regime einen demokratischen Anstrich. Die Regierungspartei Golkar (Golongan Karya = funktionale Gruppen¹²) konnte die weitgehend manipulierten Wahlen immer zu ihren Gunsten entscheiden. Die beiden anderen, allenfalls halboppositionellen Parteien, die 1973 von der Regierung per Gesetz geschaffen

9. Ramage, D. E. (1995): *Politics in Indonesia: Democracy, Islam and the Ideology of Tolerance*; London; hier S. 16 f.

10. Vor den Wahlen hatte sich der Gegensatz zwischen den Traditionalisten der NU (die sich Anfang der 50er Jahre aus dem Masyumi zurückgezogen und eine eigene Partei gegründet hatte) und den beim Masyumi bleibenden Modernisten wieder etwas verstärkt.

11. Sukarno bezeichnete diese Allianz mit dem Akronym »Nasakom«. Die drei Silben stehen für Nationalismus (*Nasionalisme*), Religion (*agama*) und Kommunismus (*komunisme*).

12. Hinter dem Konzept der funktionalen Gruppen verbirgt sich die auch vom ehemaligen Präsidenten Sukarno propagierte Ideologie, wonach in einer wirtschaftlich unterentwickelten Gesellschaft wie der indonesischen, in der sich noch keine Klassenstrukturen gebildet haben, gerechte Entscheidungen unter Berücksichtigung sämtlicher Interessengruppen getroffen werden können. Die funktionalen Gruppen (Frauen, Jugendliche, Lehrer, Ärzte usw.) unterscheiden sich nicht aufgrund ihrer Klassenlage voneinander, sondern aufgrund ihrer Funktion in der arbeitsteiligen Gesellschaft. Golkar nahm für sich in Anspruch, alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen angemessen zu repräsentieren.

und danach ständig beaufsichtigt wurden, nämlich die PDI (Partai Demokrasi Indonesia = Demokratische Partei Indonesien) und die islamische PPP (Partai Persatuan Pembangunan = Vereinigte Entwicklungspartei), hatten bis zum Ende der Neuen Ordnung mit ihrem schlechten Image als Legitimationsbeschaffer zu kämpfen.

In der Frühphase des Suharto-Regimes (von 1965 bis Ende der 60er Jahre) gehörten noch viele muslimische Führer zur neu geschmiedeten Regimekoalition. Danach, bis Ende der 80er Jahre, war diese Beziehung von einer großen Ambivalenz gekennzeichnet: Einerseits gab es weiterhin viele Muslime, die als Mitglieder der großen Muslimorganisationen Nahdatul Ulama und Muhammadiyah sowie der PPP das Regime unterstützten, andererseits existierten einzelne Gruppierungen, die die Regierungspolitik bekämpften oder zumindest kritisierten. Viele Muslime fühlten sich sogar diskriminiert. Von Natsir, der früher Masyumi-Vorsitzender und lange einer der führenden islamischen Intellektuellen in Indonesien war, stammt der häufig zitierte Ausspruch, die Muslime seien vom Staat wie »cats with ringworms« behandelt worden.¹³

Trotz oder gerade wegen dieser Diskriminierung kam es seit den 70er, verstärkt aber seit den 80er Jahren zu einer allgemeinen Islamisierung. Es wurde mehr und regelmäßiger gebetet, die Moscheen waren an den Freitagen gefüllt, man benutzte häufig arabische Ausdrücke, begrüßte sich in dieser Sprache, und Gebetsnischen wurden in fast jedem Büro und jedem Geschäft eingerichtet.

Die so genannte »Normalisierung des Campus-Lebens« im Jahre 1978 (ein Euphemismus für die verschärfte Kontrolle der Universitäten), die Schwächung der politischen Parteien, insbesondere der islamischen, und die Depolitisierung sämtlicher Organisationen, zumal die Durchsetzung der Pancasila als »azas tunggal«, d. h. als der einzig zugelassenen ideologischen Grundlage von Parteien und Massenorganisationen, bewirkten zwar eine Privatisierung der Religion, nicht aber ihre Entpolitisierung. Der Islam wurde zu einer Lehre des Widerstandes gegen reiche Sinoindonesier und gegen korrupte Politiker, Bürokraten und Militärs. Auch die westlich orientierte, urbane Mittelklasse artikuliert selbstbewusst ihre Interessen unter Berufung auf islamische Gedanken.

Von anderen wiederum wurde die Lehre als konservativer, traditionalistischer Aufruf zur Abkehr von der moralischen Verkommenheit des okzidentalen Liberalismus und modernen Kapitalismus gedeutet.

Der allgemeine Trend zur Rückbesinnung auf den Islam ist auch vor dem Hintergrund globaler Veränderungen zu sehen. Die in vielen Ländern zu beobachtende Repolitisierung des Islam dürfte eine Reaktion auf die – von vielen Muslimen so wahrgenommene – globale Vorherrschaft der okzidentalen, christlich-jüdischen Kultur sein. Der Islam ist deshalb in den 80er Jahren zunehmend zu einer gegen die Verwestlichung gerichteten »Defensiv-Kultur« geworden.¹⁴ Eine weitere Ursache der Wiederbelebung der Religion ist der enorme wirtschaftliche Wandel, der zur Entstehung einer neuen Mittelklasse führte. Diese Mittelklasse, bestehend aus zumeist in Städten lebenden Professionals sowie kleinen und mittleren Unternehmern, interpretierte die islamische Lehre neu.¹⁵ Die staatliche Kooptationsstrategie in den 90er Jahren war vor allem auf diese Gruppe gerichtet.

13. Es gibt Staaten, deren Rechtssysteme auf islamischem Recht, der Scharia, aufbauen und deren politische Gremien in ihrer Struktur und ihren Entscheidungsbefugnissen ausdrücklich von dieser Scharia abgeleitet sind. Andere Staaten erheben den Islam zur Staatsreligion, sind aber fast vollständig säkularisiert. In der Orde Baru (Neuen Ordnung) waren durch die Pancasila mehrere monotheistische Religionen als gleichberechtigt anerkannt. Das waren neben dem Islam der Protestantismus, der Katholizismus, der Buddhismus und der Hinduismus. Indonesien ist somit ein de facto weitgehend säkularisierter Sondertypus.

14. Vgl. Tibi, B. (1991): *Die Krise des modernen Islams – Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technischen Zeitalter*; Frankfurt/Main. In Indonesien sind die orthodoxen, konservativen Muslime i. d. R. antiwestlich eingestellt. Diese Haltung richtet sich besonders gegen den vermeintlich unmoralischen Lebenswandel, gegen den angeblich besonders brutalen Kapitalismus und gegen die »Gottlosigkeit« in den westlichen Ländern. In Indonesien konnte islamische Orthodoxie aber auch ein Zeichen der Opposition gegen das – zumindest teilweise »verwestlichte« – Suharto-Regime sein.

15. Deswegen wird häufig von »neo-Santri« gesprochen, vgl. Hefner 2000, 105 und 119. Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema sei nur erwähnt: Hasbullah, M. (2000): »Cultural Presentation of the Muslim Middle Class in Contemporary Indonesia«, in: *Studia Islamika. Indonesian Journal for Islamic Studies*; Vol. 7, no. 2, S. 1–57.

Die Stärkung des Islam in den letzten Jahren der Neuen Ordnung

Im Jahre 1988 verschärfte sich der Konflikt zwischen Suharto und einer Gruppe von Militärs um Benny Murdani, dem christlichen Kommandeur der Streitkräfte, der über ein Netzwerk von Geheimdiensten verfügte. Suharto versuchte, die Armee zu schwächen und die Führung stärker unter seine Kontrolle zu bringen. Ein Mittel dafür war seine Annäherung an islamische Gruppen. Dadurch änderte sich das Verhältnis der Regimekoalition zum Islam und umgekehrt die Haltung vieler Muslime zum Staat. Der Präsident begann seine Reden mit einem »assalamulaikum«. Er pilgerte nach Mekka und nannte sich seitdem »Muhammad Haji«. Er wollte offenbar eine Art stiller Koalition mit Muslimgruppen eingehen, um den Murdani-Flügel des Militärs, der 1989 im Parlament eine Debatte über eine politische Öffnung (keterbukaan) begonnen und forciert hatte, besser kontrollieren zu können. Murdani wurde schließlich im Jahre 1993 vollends entmachtet.

Die größere Bedeutung des Islam in Indonesien seit Mitte/Ende der 80er Jahre hat aber nicht nur in der Hinwendung des Präsidenten zur Santri-Variante des Islam, sondern auch in verschiedenen gesetzlichen Veränderungen und politischen Maßnahmen¹⁶ ihren Niederschlag gefunden:

- ▶ Die Regierungsausgaben für den Bau von Moscheen, für die Verbreitung der islamischen Lehre und die finanzielle Unterstützung der staatlichen Islam-Universitäten wurden deutlich erhöht.
- ▶ Ein neues Bildungsgesetz legte einen obligatorischen Religionsunterricht in den staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen fest.
- ▶ Die islamischen Gerichte wurden bei Fragen von Heirat, Scheidung und Erbschaft gesetzlich gestärkt; außerdem wurde das islamische Recht systematisiert.
- ▶ Die Indonesische Vereinigung islamischer Intellektueller ICMI (Ikatan Cendekiawan Muslim Se-Indonesia) wurde 1990 gegründet.
- ▶ Musliminnen durften seit 1990 in Schulen den jilbab, ein das Gesicht frei lassendes, bis auf die Schultern reichendes Kopftuch, tragen.
- ▶ Islamische Kulturfestivals wurden veranstaltet.
- ▶ Eine Islambank (Bank Muamalat) wurde errichtet.

- ▶ Die staatliche Lotterie wurde nach anhaltenden Protesten verboten.
- ▶ Es kam zu einer »Vergrünung« (penghijauan) der Parlamente, der Kabinette, des Golkar-Vorstandes¹⁷ und der Militärführung. Das heißt, die Anzahl der orthodoxen Muslime in Spitzenpositionen nahm sprunghaft zu. So hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, Suharto bis Anfang der 90er Jahre die Santri aus den höheren Rängen des Militärs ausgeschlossen, weil er den Aufstieg der Muslime zu einer mächtigen politischen Gruppierung verhindern wollte. Die Generäle Feisal Tanjung und Try Sutrisno waren dann die ersten orthodoxen Muslime, die in die höchsten Militärränge vorstoßen konnten.

Es vertiefte sich im Zuge dieser staatlich geförderten »Vergrünung«, die auch eine Reaktion auf eine genuine Belebung des Islam als »way of life« und als politische Lehre war, die bestehende Spaltung zwischen den modernistischen Muslimen, die sich um Amien Rais u. a. sammelten, und den »säkularen Nationalisten«, u. a. durch Abdurrahman Wahid¹⁸ und durch Megawati Sukarnoputri, die Tochter des hoch geachteten ehemaligen Präsidenten Sukarno, vertreten wurden.

Insbesondere die Gründung der Intellektuellenorganisation ICMI verstärkte diese Polarisierung. Für viele modernistische Muslime war mit der Etablierung dieser Organisation der jahrzehntelangen Unterdrückung durch säkularistisch orientierte, häufig christliche Militärs, die mit sinoindonesischen, ebenfalls häufig christlichen Industriebosse zusammenarbeiteten, ein Ende bereitet. Viele ICMI-Mitglieder wollten eine »proportionale« – ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechende – Vertretung der orthodoxen Muslime im Militär, in der Verwaltung, in den

16. Thaba, A.A. (1996): *Islam dan negara dalam politik Orde Baru (1966–1994)*; Jakarta; S. 278 ff.

17. Auch im Volkskongress MPR (Majelis Permusyawaratan Rakyat) wurde Golkar seit 1993 zunehmend durch bekannte und geachtete islamische Führer bzw. Intellektuelle vertreten (siehe: Mas'ood, M./Arfani, R.N. (1994): »SU-MPR dan Pembentukan Kabinet VI«; in: *Profil Indonesia, Jurnal Tabunan CIDES*, Nr. 1, Jakarta).

18. Wahid ist Enkel des NU-Gründers und Sohn eines ehemaligen Religionsministers. Er studierte an der al-Azhar-Universität in Kairo und an der Universität von Bagdad und arbeitete als Dekan der Theologie-Fakultät der kleinen Hasyim-Asyari-Universität in Jombang und als Generalsekretär eines Islaminternates.

Ministerien und in der Regierungspartei Golkar erreichen. Einige von ihnen hofften sogar darauf, die wirtschaftliche Übermacht der Sinoindonesier zu brechen und die »Pribumi«, die indigenen Indonesier, nach malaysischem Muster durch »affirmative actions« zu ebenbürtigen Unternehmern zu machen.

Doch nicht alle muslimischen Führer waren bereit, sich ICMI anzuschließen. Abdurrahman Wahid, der charismatische, hoch angesehene NU-Vorsitzende, der als liberaler Intellektueller an der Spitze einer in vielen Fragen konservativ-traditionalistischen Organisation ohnehin eine Reizfigur war, warf ICMI »sektiererische« Absichten vor. Er gründete das »Demokratieforum« (Forum Demokrasi), das allerdings aufgrund dauernder Repressalien der Militärs nie mehr als ein Intellektuellenzirkel war. Anders als ICMI stellte das Forum die Demokratisierungsfrage in den Vordergrund und nahm auch angesehene Nichtmuslime auf. Für Wahid war ICMI eine Organisation, die die ohnehin schon gespannten Beziehungen zu den religiösen Minderheiten durch eine skripturalistisch-modernistische Korandeutung noch weiter verschlechterte.¹⁹ Die von den Nicht-Santri deutlich wahrgenommene Gefahr einer die Minderheiten diskriminierenden Islamisierung sei mit ICMI größer geworden. Auch liberale Muslime wie Johan Effendi, Aswab Mahasin und Nurcholish Majid teilten einige dieser Vorbehalte. Der eigentliche Zweck von ICMI war es – so meinten einige Kritiker – zu einer islamischen Partei, einer Neo-Masyumi, zu werden. Von den Nichtmuslimen in Indonesien wurde ICMI mit Argwohn betrachtet, weil es einen Flügel in dieser Organisation gab, dessen Angehörige offen von Kristenisasi, also der übermäßigen Besetzung von Machtpositionen durch Christen sprachen.

Für Suharto war ICMI in erster Linie ein weiteres Machtinstrument. Er wollte seinen Forschungs- und Technologieminister Habibie zu seinem Vizepräsidenten, vielleicht sogar zu seinem Nachfolger aufbauen. Habibie war Herr über eine Reihe von Staatsunternehmen (Flugzeugbau, Schiffbau, Munitionsherstellung etc.), verfügte aber bis zu diesem Zeitpunkt nur über eine unzureichende Hausmacht. Suharto machte ihn zum ICMI-Vorsitzenden und räumte ihm in der Regierungspartei Golkar eine zentrale Stellung ein. Da Anfang der 90er Jahre im Militär einige orthodoxe

Muslime (und Habibie-Vertraute) in höchste Ämter gelangten, stieg auch Habibie in der Hierarchie immer weiter nach oben. 1993 konnten jene Militärs, die eine Zivilisierung und Islamisierung befürchteten, noch die Ernennung des Forschungs- und Technologieministers zum Vizepräsidenten verhindern. 1998 aber konnte die Habibie-Gruppe die Wahl ihres Patrons zum Vizepräsidenten durchsetzen.

Zu dieser Zeit, im März 1998, befand sich Indonesien bereits in der größten wirtschaftlichen und politischen Krise seit 1965. Die Asienkrise hatte seit dem August 1997 zu einem Verfall der Rupiah, zur Entlassung mehrerer Millionen Arbeiter und zu zeitweise dreistelligen Inflationsraten geführt. Im Februar 1998 rief der Indonesische Ulama-Rat MUI (Majelis Ulama Indonesia) zum Dschihad gegen Spekulanten und Waren hortende Geschäftsleute – gemeint waren Sinoindonesier – auf. Außerdem forderte Suharto einige Dutzend »Tycoons« öffentlich auf, ihre im Ausland angelegten Gelder nach Indonesien zu transferieren. Die aufgeheizte antichinesische Stimmung begünstigte Plünderungen und Ausschreitungen in ganz Indonesien.²⁰ Zur gleich Zeit versuchte der führende Militär und Suharto-Schwiegersonn Prabowo, die Kontakte zu islamistischen Gruppen – darunter die tendenziell fundamentalistische KISDI-Gruppe²¹ – auszubauen.²² Im Januar trafen sich 4.000 muslimische Aktivisten, u. a. von KISDI und vom ebenfalls z. T. fundamentalistischen Dewan Dakwah Islamiyah Indonesia,²³ mit mehreren Tausend Kopassus-Soldaten (der Sondereinsatzgruppe unter dem Befehl Prabowos) im Kopassus-Hauptquartier zu einem Fest am Ende des Ramadan.

Jene islamischen Gruppen, die seit jeher eine ambivalente Haltung zur Neuen Ordnung eingenommen hatten, zeigten sich auch in den ersten

19. Wahid, A. (1995): »Intelektual di Tengah Eksklusivisme«; in: Ali-Fauzi, N. (Hg.): *ICMI-Antara Status Qua dan Demokratisasi*; Bandung; S. 70–75.

20. Sidel, J.T. (1998): »Macet Total: Logics of Circulation and Accumulation in the Demise of Indonesia's New Order«; in: *Indonesia* 66; S. 159–194; hier S. 182 ff.

21. KISDI = Komite Indonesia untuk Solidaritas Dunia Islam = Indonesisches Komitee für die Solidarität der Islamischen Welt; gegründet 1990 von M. Natsir.

22. *Far Eastern Economic Review*, 12.2.1998.

23. Indonesischer Rat für islamische Missionierung.

Monaten des Jahres 1998 unschlüssig. Die NU war in der Phase vor dem Sturz Suhartos gespalten. A. Wahid z. B. wollte um fast jeden Preis die Präsidentschaft Habibies verhindern. Nur ein Flügel um Generalsekretär Ahmad Bagdja, der von NU-Studentenorganisationen bestärkt wurde, scheint die Demokratiebewegung deutlich unterstützt zu haben. Im April forderte die NU die Streitkräfte auf, die Reformen zu unterstützen, aber erst am 15. Mai gab es Verlautbarungen aus der NU-Zentrale, wonach der von Suharto erwogene Rücktritt begrüßt wurde. Sogar noch am 19. Mai soll Wahid bei dem Treffen der islamischen Führer mit dem noch amtierenden Präsidenten die halbherzigen Reformpläne Suhartos gebilligt haben.²⁴

Der Amien-Rais-Flügel von Muhammadiyah war demgegenüber deutlich auf Seiten der Demokratiebewegung, wenngleich auch Rais der Wiederwahl Suhartos zum Präsidenten im März 1998 schweren Herzens zustimmte. Seit er Ende 1997 von Suharto aus einer Führungsposition bei ICMI gedrängt worden war, hatte er sich an die Spitze der Reformbewegung gesetzt. Im Gegensatz zu A. Wahid und eher noch als die zurückhaltend auftretende Megawati Sukarnoputri wurde er zum Idol der Studentenbewegung. Nach einem Bericht des Magazins D&R im September 1998 soll Suharto sogar einen Mordanschlag auf Rais erwogen haben.

Der ICMI-Generalsekretär Adi Sasono trat schon im Januar mit dem Plan, einen »Nationalen Dialog« zu führen, an die Öffentlichkeit. Die damit angestrebte informelle Allianz zwischen Rais, Megawati und Wahid scheiterte aber am Widerstand Wahids. Als sich abzeichnete, dass Habibie Vizepräsident werden würde, hielten sich die kritischen ICMI-Mitglieder wieder etwas stärker zurück. Unter der Führung von Ahmad Tirtosudiro und Adi Sasono emanzipierte sich ICMI aber nach der Wahl Habibies zunehmend von ihrem Patron. Tirtosudiro forderte eine Sondersitzung des Volkskongresses (MPR), und die ICMI-Führung sprach von einer politischen Krise und kritisierte die bisherigen Reformvorschläge der Regierung als vage und verspätet.

Zuletzt waren es neun von Suharto zu einem Gespräch eingeladenen islamischen Führer, unter ihnen insbesondere der neomodernistische²⁵ muslimische Intellektuelle Nurcholish Majid, die den

Präsidenten davon überzeugten, dass er keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung hatte.²⁶

Der Islam nach dem Sturz Suhartos

Mit dem Sturz Suhartos und der Ernennung Habibies zu seinem Nachfolger setzte am 21. bzw. 22. Mai 1998 eine Übergangsphase ein, in der Habibie und sein neues mit Gefolgsleuten besetztes Kabinett notgedrungen eine Reihe von Reformen durchführten. Sie wurden vom Flügel um Militärkommandeur Wiranto, der sich gegen den reaktionären Prabowo-Flügel durchgesetzt hatte, unterstützt. Sowohl die internationalen Kapitalgeber als auch die außerparlamentarische Opposition, also vor allem die jederzeit zu Protestaktionen bereiten Studenten und die sich schon seit dem Mai 1998 neu konstituierenden politischen Parteien, waren in der Lage, den Liberalisierungskurs der neuen Regierung und der noch amtierenden Parlamentarier wesentlich mitzubestimmen.

Obwohl die neu entstehenden Parteien verpflichtet waren, sich zu den Pancasila als einziger Grundlage zu bekennen, beriefen sich einige wie die PBB (Partai Bintang Bulan = Partei des Halbmondes), die PPP (Partai Persatuan Pembangunan = Vereinigte Entwicklungspartei) und die PK (Partai Keadilan = Gerechtigkeitspartei) unmittelbar auf den Islam. Andere Parteien, obschon sie deutlich erkennbare islamische Wurzeln hatten, öffneten sich explizit auch für Nichtmuslime. Zu ihnen gehörten die von Abdurrahman Wahid dominierte NU-Partei PKB (Partai Kebangkitan Bangsa = Partei des Volkserwachens) sowie die PAN (Partai Amanat Nasional = Partei des Nationalen Man-

24. Vgl.: Mietzner, M. (1998): »Between *pesantren* and palace: Nahdlatul Ulama and its role in the transition«; in: Forrester, G./May, R.J. (eds.): *The fall of Soeharto*; Bathurst/London, S. 179–199.

25. Zum Neomodernismus, einer spezifisch indonesischen, liberalen Verknüpfung modernistischer und traditionalistischer Denkfiguren: Barton, G. (1995): »Neomodernism: A Vital Synthesis of Traditionalist and Modernist Islamic Thought in Indonesia«; in: *Studia Islamika*; Vol. 2, Nr. 3; S. 1–75.

26. Eine detailliertere Darstellung der jüngsten Ereignisse findet sich in: Ufen, A.: »Grundzüge der politischen Entwicklung in Indonesien von 1997–2000«; in: *Südostasien aktuell* 4/2000, 5/2000, 6/2000 und 1/2001.

dats) unter dem Vorsitz von Amien Rais. Von 141 neu gegründeten Parteien waren etwa 40 islamisch. Von den zu den Wahlen zugelassenen 48 Parteien waren es 20.

In der Gerechtigkeitspartei PK verbinden sich ausgesprochen demokratische Grundüberzeugungen mit Vorstellungen von einem tugendhaften Leben gemäß rigide interpretierter islamischer Lehren. So vermeiden Männer und Frauen in dieser Partei jeglichen Körperkontakt. Diese Rückkehr zu den (vermeintlichen) Ursprüngen der islamischen Gemeinschaft bedeutet jedoch keine Abkehr von Wissenschaft und Rationalität. Der Parteivorsitzende ist promovierter Agrarwissenschaftler.

Die Partei des Halbmondes PBB ist eine modernistische Partei, die sich für eine Islamisierung der Gesellschaft einsetzt. Für eine solche Islamisierung wird die Benachteiligung anderer religiöser Gemeinschaften in Kauf genommen. Politische Maßnahmen werden ausdrücklich unter Berufung auf die islamische Lehre begründet. Ähnlich ist die Haltung der Vereinigten Entwicklungspartei PPP, die bereits seit 1973 existiert und in der Neuen Ordnung zu den drei legalen Parteien gehörte. Sie war früher von den Modernisten beherrscht (weshalb die NU 1984 aus der PPP austrat), öffnete sich aber mit der Wahl von Hamzah Haz, einem NU-Mitglied, zum Parteivorsitzenden stärker den Traditionalisten. Auch die bisherige Regierungspartei Golkar, die nach dem Mai 1998 zu einer Partei von vielen wurde, näherte sich stärker dem modernistischen Lager.²⁷

Die Partei des nationalen Mandats PAN ist die Partei von Amien Rais, dem populärsten islamischen Modernisten, der bis 1998 Vorsitzender der 28 Millionen Mitglieder zählenden Muhammadiyah war. Er verfolgte lange ähnlich politische Ziele wie die meisten PBB- und PPP-Mitglieder. Beide Parteien wollten ihn anfänglich sogar aufnehmen. Rais entschied sich aber dann dafür, eine eigene Partei zu gründen und sich auch der nicht-muslimischen Wählerschaft zu öffnen.²⁸

Die PAN, die PBB, die PPP und die PK gelten als überwiegend modernistische Parteien. Das modernistische Lager war also anders als 1955, als der Masyumi über 20 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, gespalten. Die Traditionalisten im Umfeld der Nahdatul Ulama hingegen wurden vorrangig von der Partei des Volkserwachens PKB repräsentiert.

Die von der Habibie-Regierung gewährte Versammlungs-, Assoziations- und Pressefreiheit führte innerhalb weniger Wochen zu einer Aktivierung der jahrzehntelang zum Schweigen verurteilten Zivilgesellschaft. Dennoch war die Neue Ordnung noch nicht beseitigt. Nur wenige der besonders korrupten und Suharto-nahen Angehörigen der alten Machteliten wurden ausgewechselt. Selbst die große Mehrheit der Parlamentarier, die in der Zeit des Suharto-Regimes die Politik der Regierung abgesehen hatten, konnte vorerst im Parlament bleiben. Es ergab sich also eine seltsame Auseinandersetzung zwischen den noch amtierenden Status-quo-Kräften, die notgedrungen Reformen verabschieden mussten, und den in diese Ämter drängenden Mitgliedern der neu gegründeten Parteien. Erst mit den Beschlüssen des Volkskongresses (MPR)²⁹ – eines zweiten Parlamentes, das den Präsidenten wählt und über Verfassungsänderungen beschließt – im November 1998 und mit den vom nationalen Parlament (DPR)³⁰ im Januar 1999 verabschiedeten neuen Gesetzen war der Weg zu nationalen Wahlen endgültig frei.

Diese Wahlen im Juni 1999, die von indonesischen und internationalen Wahlbeobachergenerationen als im Wesentlichen fair und frei eingestuft wurden, bestätigten die Machtsteigerung der islamischen Gruppierungen und Parteien. Von

27. Die Militärs, die lange Golkar beherrscht und in den 90er Jahren zumindest noch im Hintergrund von Bedeutung waren, zogen sich aus der Partei mehr und mehr zurück. Die Suharto-Familie wurde entmachtet, und beim Parteikongress im Juli 1998, bei dem die Weichen für die nächsten Jahre gestellt wurden, konnte sich der Flügel um Habibie und Akbar Tanjung (beide gelten als modernistische Muslime) gegen einen nationalistisch, Pancasila-orientierten Flügel um Ex-General Edi Sudrajat durchsetzen.

28. Manche Beobachter interpretierten das als den Versuch, Sinoindonesier als Finanziern zu gewinnen.

29. Während die in der Mehrheit eher konservativen Parlamentarier über die Gesetzesänderungen berieten, kam es unweit des Parlamentsgeländes zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zwischen Sicherheitskräften, demonstrierenden Studenten und so genannten Pam-Swakarsa-Truppen (Pengamanan Swakarsa = autonome Sicherheitskräfte). Die etwa 100.000–125.000 Mann starken Truppen bestanden aus muslimischen Jugendlichen, die leicht bewaffnet waren und die Aufgabe hatten, den Volkskongress vor den Protesten der Studenten zu schützen.

30. Dewan Perwakilan Rakyat.

den sieben Parteien mit dem größten Stimmenanteil sind fünf muslimisch. Die meisten Stimmen unter ihnen erhielt die traditionalistische PKB (12,6 %, 51 Parlamentssitze), gefolgt von den eher modernistischen Parteien PPP (10,7 %, 58 Sitze), PAN (7,1 %, 34 Sitze), PBB (1,9 %, 13 Sitze) und PK (1,4 %, 7 Sitze). Die beiden mit großem Abstand stärksten Parteien im nationalen Parlament sind aber die PDI-P (Partai Demokrasi Indonesia-Perjuangan = Demokratische Partei Indonesien – Kampf, mit 153 Sitzen bei 33,8 % der Stimmen), die von der Sukarno-Tochter Megawati Sukarnoputri geführt wird, und das ehemalige Vehikel der Neuen Ordnung, die Partei Golkar (22,5 %, 120 Sitze). Die PDI-P, die auch von vielen Nichtmuslimen gewählt wird, und Golkar sind tendenziell säkularistisch orientiert und gegen eine Politisierung der Religion.

Die Wahl des neuen Präsidenten

Nach den Wahlen vom Juni 1999, vor allem aber nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse und der Neukonstituierung des nationalen Parlaments (DPR), begannen die informellen Verhandlungen über die Zusammenarbeit bei der Präsidentenwahl. Zunächst war die Frage, ob sich Megawati (PDI-P) gegen Habibie (Golkar) durchsetzen könnte. Amien Rais, der eine der populärsten Politiker in Indonesien war und bei einer Direktwahl des Präsidenten sicherlich wesentlich besser abgeschnitten hätte als seine eigene Partei, war plötzlich ebenso ins zweite Glied gerückt wie der gebrechliche, fast blinde NU-Führer Abdurrahman Wahid. Megawati galt als die strahlende Siegerin und als die aussichtsreichste Kandidatin für den Präsidentenposten.

Die orthodoxen Muslime im Volkskongress verband das Interesse an einer wie auch immer gearteten Islamisierung der indonesischen Gesellschaft. Sie bildeten deshalb eine lockere Koalition, die den Namen »poros tengah« (Mittelachse) erhielt. Die »Mittelachse« bestand aus den modernistischen Parteien PAN, PKB, PBB und PK sowie kleineren Parteien. Ihnen standen die Kräfte um Megawatis PDI-P gegenüber, die etwa über so viele Stimmen im Volkskongress verfügte wie die poros tengah. Mit dieser Blockbildung war eine Konstante der indonesischen Politik im 20. Jahrhun-

dert wieder sichtbar geworden – die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Muslimen und solchen Gruppierungen, die der Religion im politischen Bereich keine wichtige Funktion zumessen und die Gleichberechtigung der in den Pancasila aufgeführten Religionen und ihrer Anhänger hervorheben.

Da weder die poros tengah noch die Megawati-Anhänger über genügend Stimmen verfügten, konnte sich überraschend der liberale Muslimführer Abdurrahman Wahid, unterstützt von der poros tengah, durchsetzen. Am 20. Oktober 1999 wählte der Volkskongress Wahid mit 373 zu 313 Stimmen zum vierten Präsidenten der Republik Indonesien. Damit setzte sich eine große Koalition muslimischer Parteien mit Unterstützung der Konservativen, einem dritten Lager im Parlament, gegen die säkular-nationalistischen Megawati-Anhänger durch. Für viele Muslime war eben eine Frau im höchsten Staatsamt undenkbar, zumal sie nicht als orthodoxe Muslimin galt. A.M. Saefuddin, ein hoch angesehener PPP-Politiker, Minister im Habibie-Kabinett und lange möglicher Präsidentschaftskandidat seiner Partei, bezeichnete Megawati während des Wahlkampfes sogar als Hinduistin, weil sie an einer hinduistischen Zeremonie in Bali teilgenommen hatte. Megawati wurde aber von den orthodoxen Muslimen vor allem unter Verweis auf ihr Geschlecht die Fähigkeit zur Führung des Landes abgesprochen.³¹ Mehrere Spitzenpolitiker und führende Organisationen beriefen sich auf den Koran und meinten, dass eine Frau nicht Präsidentin in einem mehrheitlich muslimischen Land werden könne. Selbst A. Wahid, der sich in den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen als intriganter Machtpolitiker erwies, äußerte sich – anders als in all den Jahren zuvor – in diesem Sinne.

Nach den Wahlen ergaben sich im nationalen Parlament (und damit auch im ähnlich zusammengesetzten Volkskongress) zwei Konfliktlinien, an denen sich die politischen Auseinandersetzungen zunehmend orientierten. Zum einen war es der Gegensatz zwischen den konservativen oder gar reaktionären Kräften (große Teile Golkar, die

31. Vgl. Platzdasch, B. (2000): »Islamic Reaction to a Female President«; in: Manning, C./van Diermen, P. (eds.): *Indonesia in transition: social aspects of reformasi and crisis*; Singapore; S. 336–350.

Militär/Polizei-Fraktion, Teile der muslimischen Parteien, insbesondere der PPP und der PBB) und den prodemokratischen Kräften, zum anderen der zwischen den muslimischen und den nichtmuslimischen Parteien. Berücksichtigt man, dass es auch in der Militär/Polizei-Fraktion, besonders in der Partai Golkar und – weniger deutlich – in der PDI-P muslimische Flügel gibt, ist eine einfache Gegenüberstellung von muslimischen und nichtmuslimischen Parteien aber nicht möglich. Außerdem spalten sich die muslimischen Parteien in traditionalistische und modernistisch orientierte auf, und für die dominierenden Flügel der PAN und der PKB ist in vielen Politikbereichen eine Demokratisierung Indonesiens und eine Entmachtung der alten Regimekoalition wichtiger als eine Stärkung des Islam.³²

Neuere Entwicklungen in der Ära Abdurrahman Wahid

Indonesien befindet sich gegenwärtig in einem turbulenten Übergang vom Autoritarismus zur parlamentarischen Demokratie. Das Land wurde am stärksten und nachhaltigsten von der Asienkrise getroffen, und noch immer zeigen einige der wichtigsten ökonomischen Indikatoren (Pro-Kopf-Einkommen, Armutsquote, Arbeitslosenrate, Investitionsvolumen, Außenhandelsvolumen etc.), dass das Niveau des Jahres 1997 noch längst nicht wieder erreicht ist. Indonesien, das vor wenigen Jahren von einigen Beobachtern als Schwellenland beschrieben wurde, ist im Moment wieder zu den Niedrigeinkommensländern zu rechnen.

Trotzdem ist der Inselstaat heute wesentlich offener und demokratischer als vor ein paar Jahren. Eine lebhaftere und kritische Presse übernimmt ihre Funktion als »vierte Gewalt« und die wichtigsten Grund- und Menschenrechte werden seit dem August 2000 zumindest verfassungsrechtlich anerkannt. Nach den weitgehend freien und fairen Wahlen beginnen die neuen Parlamente ihre genuine Funktionen zu erfüllen.

Allerdings existieren viele der alten Netzwerke und Mechanismen noch. Die alten Konglomerate, deren meist sinoindonesischen Bosse von dem Korruptionssystem profitierten, werden jetzt mit Steuergeldern vor dem Konkurs gerettet, um eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise zu verhindern. Die jahrzehntelange Militärherrschaft hat

zur Bildung informeller, nepotistischer Abhängigkeitsbeziehungen und zur Unterminierung des ohnehin kaum entwickelten Rechtssystems beigetragen. Das Militär hat sich nur zögerlich und halbherzig von der Doktrin der Doppelfunktion (dwifungsi) distanziert und eine wirkliche Beendigung dieser alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehenden zweiten, »soziopolitischen« Funktion ist mittelfristig, d. h. in den nächsten zehn Jahren, nicht zu erwarten. Besonders einige Gebiete außerhalb Javas wie Aceh, Timor, Papua und die Molukken werden immer noch vom Militär und von paramilitärischen Banden beherrscht.

Es hat also kein umfassender Elitenwechsel stattgefunden. In dem ersten Kabinett, das A. Wahid im Oktober 1999 zusammenstellte, wurden einige Militärs, Vertreter Golkar, Führer der muslimischen Parteien und Mitglieder der PDI-P berücksichtigt. Megawati hat als Vizepräsidentin keine deutlich formulierten Rechte, ist aber als mögliche Nachfolgerin Wahids weiterhin eine der wichtigsten Persönlichkeiten. Der Zwang zur Rücksichtnahme auf die konservativen Kräfte, z. T. auch die eigene Verstrickung in das Macht- und Korruptionssystem der Neuen Ordnung, lähmen den Reformprozess. Die Muslime – sowohl die Traditionalisten als auch die Modernisten – gehören häufig selbst zu den Blockierern. Das beste Beispiel dafür ist der Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Während viele Muslime vehement für die Aufdeckung verschiedener, vom Militär begangener Massaker – etwa das an Dutzenden, vielleicht Hunderten demonstrierenden Muslimen in Jakarta (Tanjung Priok) im Jahre 1984 – eintreten, wehren sie sich gegen eine Aufdeckung der Ereignisse in den Jahren 1965/66. Damals wurden mehrere Hunderttausend wirkliche und vermeintliche Kommunisten von Militärs und islamischen Paramilitärs in einem Blutausch niedergemetzelt. Als A. Wahid die Aufhebung eines Dekretes, das die kommunistische Partei und die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes verbietet, forderte, stieß er auf

32. Die PKB-Fraktion hat anfänglich sogar Megawati bei den Präsidentschaftswahlen unterstützen wollen. Erst im letzten Moment wurde sie aber auf Abdurrahman Wahid eingeschworen.

den erbitterten Widerstand der Konservativen und der meisten Muslime.³³

Muslime haben in der parlamentarischen Demokratie zusätzliche Anreize erhalten, den politischen Diskurs zu islamisieren, d.h. verstärkt auf islamische Moralbegriffe und Politikkonzepte zurückzugreifen. Anhänger eines politisierten Islam bzw. einer islamisierten Politik streben danach, die Sonderstellung des Islam zu institutionalisieren. So wurden während der Sitzung des Volkskongresses im August 2000 wieder Stimmen laut, die 1945 zwischen Nationalisten und Islamisten ausgehandelte Jakarta-Charta in die Verfassung aufzunehmen. Dabei betonten führende Vertreter der PBB und der PPP, dass ihre Absichten nicht sektiererisch seien, da gerade die Aufnahme der Jakarta-Charta eine jahrzehntelange Debatte beenden und religiöse Konflikte mildern würde. Die größten Fraktionen im Parlament lehnten den Vorschlag jedoch ab.

Immer wieder kommt es zu hitzigen politischen Debatten zwischen Islamisten und ihren Widersachern. Es fällt auf, dass diese Auseinandersetzungen sehr häufig nicht die zentralen Entscheidungen, die die Zukunft des Landes wesentlich bestimmen, betreffen. Eine fundierte alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik z. B. haben die Islamisten nicht formuliert. Meistens geht es um politische Fragen von sekundärer Bedeutung: Darf eine Frau Präsidentin werden? Soll Indonesien Handelsbeziehungen zu Israel aufnehmen? Wie ist mit dem japanischen Hersteller eines Geschmacksverstärkers zu verfahren, der bei der Produktion ein Schweine-Extrakt verwendet hat? Man gewinnt bei solchen mit großer Vehemenz geführten politischen Kämpfen den Eindruck, dass der Islam häufig für eine ganz irdische Machtpolitik instrumentalisiert wird.

Besonders die kleineren muslimischen Parteien zeigen sich ambivalent im Umgang mit radikal-islamistischen Gruppierungen. Ein Beispiel dafür ist die Reaktion auf den blutigen Konflikt zwischen Christen und Muslimen auf den Molukken.³⁴ Bei einem Treffen von Zehntausenden Muslimen Anfang 2000 in Jakarta – unter ihnen befanden sich viele radikale, gewaltbereite Islamisten – bei dem zum Dschihad aufgerufen wurde, war u. a. auch der PAN-Vorsitzende Amien Rais anwesend. Rais distanzierte sich auch in späteren Interviews nicht von diesem Treffen und

benutzte den Dschihad-Begriff bewusst mehrdeutig.

Es kursieren viele Verschwörungstheorien, wonach die Konflikte in den Molukken, in Papua und in Aceh³⁵ auf das Wirken äußerer Mächte zurückzuführen sind. Mehrfach tat sich Verteidigungsminister Mahfud MD mit aggressiven anti-amerikanischen Äußerungen hervor. Die Amerikaner schlossen auf dem Höhepunkt der Krise eine Zeit lang ihre Botschaft und rieten ihren Landsleuten von einem Indonesienaufenthalt ab, da muslimische Fundamentalisten etwa in Solo (Mitteljava) Hotels nach amerikanischen Touristen absuchten.

In dieser aufgeheizten Stimmung bekommen radikale Gruppierungen, die einen Islamstaat Indonesien (Negara Islam Indonesia, NII) fordern, Oberwasser. So wurden mehrere Tausend Mitglieder der Front Pembela Islam (FPI), der Front der Verteidiger des Islam, auf die Molukken entsandt, um sich auf Seiten ihrer Glaubensbrüder am Bürgerkrieg zu beteiligen. Da das Militär und die in Bedrängnis geratenen Reaktionäre an einer Destabilisierung der parlamentarischen Demokratie interessiert sind, gibt es zahlreiche Spekulationen über eine Finanzierung der FPI durch Teile des Militärs oder gar durch die mit Suharto immer noch verbundenen Gruppierungen.

Die FPI, die allein in Jakarta mehrere Zehntausend Mitglieder in militärisch organisierten

33. Eine Umfrage der Zeitschrift *Tempo* enthüllte, dass die Mehrheit der indonesischen Bevölkerung immer noch die offizielle Version des Suharto-Regimes vom Machtwechsel von Sukarno zu Suharto für bare Münze nimmt. Danach wollte die kommunistische Partei damals die Macht in Indonesien übernehmen.

34. In Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise oder wenn eine alte Hegemonialmacht verschwunden ist und kurzfristig neue Konfliktlösungsmechanismen entwickelt werden müssen, können religiöse Bindungen in hohem Maße politisiert werden. Blutige Konflikte, die eigentlich nichtreligiöse Ursachen haben, werden dann mit religiösen Begriffen erklärt und u. U. durch religiöse Organisationen angeheizt. So stellt sich der Bürgerkrieg auf den Molukken, bei dem seit Anfang des Jahres 1999 mehrere Tausend Menschen ums Leben kamen, als Konflikt zwischen Christen und Muslimen dar.

35. In Papua und in Aceh sind nach dem Sturz Suhartos sehr starke secessionistische Bewegungen entstanden. Im Dezember 2000 führte Präsident Wahid in der sumatraischen Provinz Aceh eine milde Form der Scharia ein, das war ein Zugeständnis an die orthodox-muslimischen Separatisten.

Gruppen haben soll, wird auch für Überfälle auf Vergnügungstätten verantwortlich gemacht. Und als im Oktober 2000 während der neuerlich ausgebrochenen Straßenkämpfe zwischen Israelis und Palästinensern eine internationale Konferenz von Parlamentariern in Jakarta stattfand, drohte die Front damit, die Mitglieder der israelischen Delegation umzubringen. Der FPI-Anführer Riza Pahlevi kündigte sogar an, die Hotels in Jakarta nach Israelis absuchen zu lassen. Darauf hin mussten die israelischen Delegierten ihren Besuch absagen. Viele muslimische Parlamentarier distanzieren sich zwar vom Terror der FPI, sind aber nicht bereit, die Front in toto zu verurteilen.

Das Beispiel Israel zeigt, dass Wahid in seiner Außenpolitik darauf achten muss, dass er den Islamisten keine Angriffsfläche bietet. Seine Annäherung an die »Schurkenstaaten« Irak und Libyen könnte dabei eine Strategie sein, um seine innenpolitischen Gegner zu beruhigen.³⁶

Fazit

Im Laufe mehrerer Jahrhunderte entwickelte sich ein Gegensatz zwischen synkretistischen und orthodoxen Muslimen, zwischen Abangan und Santri. Die Santri spalteten sich später zunehmend in Modernisten und Traditionalisten. Diese Brüche lassen sich auch gegenwärtig in Indonesien beobachten. Im politischen Bereich ist heute aber insbesondere die Auseinandersetzung zwischen *Säkularisten*, das sind Nicht-Muslime, die große Mehrheit der Abangan, viele NU-Traditionalisten, aber auch die Mehrheit der Modernisten, und *Islamisten* (die meisten von ihnen sind Modernisten) von Bedeutung. Bei den Islamisten sind moderate, prodemokratische von antidemokratischen, häufig gewaltbereiten zu unterscheiden.

In der Zeit von 1950–57 entwickelten sich drei die indonesische Politik prägende Hauptkonflikte, nämlich zwischen zivilen und militärischen, zwischen säkularistischen und islamistischen sowie zwischen kommunistischen und antikommunistischen Gruppen. Durch den Autoritarismus Sukarnos und Suhartos wurden die Islamisten (seit 1965 auch die Kommunisten) ausgeschaltet. Allerdings näherte sich das Suharto-Regime seit Ende der 80er Jahre wieder den Vertretern eines politisch verstandenen Islam an. Der Hauptkonflikt bis

1998 war aber jener zwischen dem Regime und den prodemokratischen Kräften. Seit dem Sturz Suhartos sind zwei Konfliktlinien von essentieller Bedeutung, nämlich die zwischen den Demokraten und den Reaktionären sowie die zwischen Säkularisten und Islamisten.

Wenn sich die parlamentarische Demokratie in den nächsten Jahren konsolidieren sollte, wäre eine Mäßigung der radikalen Gruppierungen, vor allem aber der im Parlament vertretenen islamischen Parteien, denkbar. Einiges deutet sogar darauf hin, dass die Fraktionen in den muslimischen Parteien, die bereit sind, Megawati zu unterstützen, wegen der Enttäuschung über den inkonsistenten Regierungsstil Wahids größer werden.³⁷ Es bleibt zu bedenken, dass die große Mehrheit der indonesischen Muslime nicht an der Errichtung eines Islamstaates interessiert ist. Sollte aber die Wirtschaftskrise anhalten und sollten die sezessionistischen Bewegungen und die Kämpfe in den Molukken eine weitere politische Destabilisierung bewirken, könnte eine allgemeine Auflösung der Staatsgewalt die islamistischen Kräfte stärken. Es könnte dann zu einer Koalition zwischen Islamisten und reaktionären Gruppen kommen. Diese Koalition bahnte sich bereits seit Ende der 80er Jahre an. Prabowo radikalisierte die Zusammenarbeit Anfang 1998, und im November 1998 führte sie zu dem Pam-Swakarsa-Einsatz gegen demonstrierende Studenten in Jakarta. Gegenwärtig arbeiten u. a. die Front Pembela Islam und die Laskar Jihad – wahrscheinlich finanziert von den Reaktionären – an der Wiedererrichtung eines autoritären, die islamistischen Gruppierungen privilegierenden Regimes. ◀

36. Saddam Hussein ist in Indonesien in weiten Kreisen – bei den Islamisten wie bei den Nationalisten etwa der PDI-P – hoch geschätzt. Er verkörpert – wie in den frühen 60er Jahren Sukarno – für viele Indonesier den Widerstand der »Dritten Welt« gegen die Weltmacht USA.

37. Interview mit Alvin Lie am 4.10.2000 in Jakarta.